

Medienkompetenz stärken statt Social Media verbieten

Beschluss der Vollversammlung

Der Landesjugendring Baden-Württemberg spricht sich gegen pauschale Social-Media-Verbote für junge Menschen aus – insbesondere gegen starre Altersgrenzen, die der Lebenswirklichkeit junger Menschen nicht gerecht werden. Stattdessen fordert er verbindliche Regelungen zur Nutzung digitaler Medien im schulischen Kontext sowie den flächendeckenden Ausbau systematischer Medienbildung in Schule und außerschulischer Jugendbildung. Ziel ist es, junge Menschen zu befähigen, digitale Plattformen, Social Media und KI-Anwendungen reflektiert, resilient und verantwortungsvoll zu nutzen.

Insbesondere fordert die Vollversammlung des Landesjugendrings Baden-Württemberg:

Die verbindliche Verankerung umfassender Medienbildung in allen Schulformen und Jahrgangsstufen – als eigenständiges Unterrichtselement und als fächerübergreifendes Prinzip.

- Landesweit einheitliche, praktikable Regelungen zur Nutzung digitaler Medien an Schulen, die Nutzung, Datenschutz, Prävention und Intervention klar definieren.
- Den gezielten Ausbau außerschulischer Angebote zur politischen Medienbildung und digitalen Resilienz in der Jugendarbeit.
- Die systematische Qualifizierung von Lehrkräften und Fachkräften der Jugendarbeit im Bereich Social Media, KI-Anwendungen und gegen Desinformation.
- Eine nachhaltige finanzielle Ausstattung medienpädagogischer Strukturen, die über projektbasierte Förderlogiken hinausgeht und langfristige Planungssicherheit gewährleistet.
- Politische Rahmensetzungen für die Digitalkonzerne und ihre social-media Plattformen für einen konsequenten Kinder- und Jugendschutz hinsichtlich des

Vorgehens gegen FakeNews, Desinformation, HateSpeech, Extremismus, Gewaltdarstellungen, sexualisierte Inhalte, Deepfakes sowie der Suchtpotenziale des Medienkonsums.

Ein Verbot mag als entschlossenes Signal wirken. Als nachhaltige Strategie für eine digitalisierte Gesellschaft taugt es nicht. Die empirischen Daten sind eindeutig: Social Media ist Teil der Lebenswelt junger Menschen. Gleichzeitig bestehen erhebliche Risiken und strukturelle Kompetenzlücken, die politisches Handeln erfordern.

Die Antwort darauf kann nur lauten: klare Regeln für Plattformbetreiber, starke Bildung, echte Befähigung. Medienkompetenz ist keine Zusatzqualifikation. Sie ist Grundvoraussetzung für demokratische Teilhabe im 21. Jahrhundert – und damit eine genuine politische Aufgabe.

Wernau, 18. April 2026